

Europäische Ernährungsräume. Die ländliche Türkei in der Deutung westlicher Agrarexperten und die Nachkriegsordnung Europas

Heinrich Hartmann

ABSTRACT

Turkey's place in an economic network of European nations underwent dramatic changes over the 20th century. This reached from semi-colonial experiences in the late Ottoman times to a very extensive integration into a European political and economic system. In the very early days of the Cold War, Turkey was an essential cornerstone of an American geostrategic vision of "Western Europe". Also, the expected increase of productivity made Turkey's agriculture an important element in a scheme for feeding Europe, which severely lacked provisions in the first years after the war. Looking at agricultural and economic experts' perspectives on Turkey's place in Europe, this article links this post-war way of defining economic spaces to broader, semi-colonial discourses about Turkish resources that go back to the 1930s and before. It further analyses how agricultural experts also shaped economic structures through the Marshall Plan, designed to integrate Turkey into a Western European economic space. By doing so, the article sheds light on Europe's fragile spatial concepts in the Cold War period that relied more often on temporary political arrangements than on a real attempt to define a constant Southern European space.

Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Fritz Baade sah sich im Dezember 1934 gezwungen, das Deutsche Reich zu verlassen und ins türkische Exil zu gehen, nachdem er auf Grund seiner ordoliberalen Auffassungen zur Regulierung des Weizenpreises keine wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten mehr im nationalsozialistischen Deutschland fand. Mit einem Kreis wirtschaftlich interessierter Freunde und Landwirtschaftsexperten in Deutschland blieb Baade allerdings durchaus in Kontakt. Hierunter war auch der ehemalige Landwirtschaftsminister und Vizekanzler der Weimarer Republik Hermann

Dietrich, der ihm im Juni 1935 für Baades wiederholte Beschreibungen der Situation und der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei dankte:

Es war mir sehr interessant zu hören, in welchem Masse der Boden der heutigen Türkei noch ungenützt ist, und dass darunter zum Teil gerade solche Gebiete zu finden sind, die über besonders gutes und ertragsfähiges Land verfügen. Wie Sie wissen, bin ich immer der Meinung gewesen, dass das deutsche Einzugsgebiet das Donautal ist, und dass, wenn dieses Gebiet mit seinen ca. 100 Millionen Einwohnern erst zum Leben erwachen und sich wirklich entwickeln würde, es instande wäre, uns auf der einen Seite einen Grossteil der uns mangelnden Dinge zu liefern und dafür unsere Industrieprodukte abzunehmen. Im Verfolg dieser Gedankengänge, die ich mit den beteiligten Instanzen nicht nur erörtert habe, sondern zu realisieren suchte, habe ich auch mit dem früheren türkischen Botschafter darüber gesprochen, dass die Türkei eigentlich die Fortsetzung des erwähnten Gebiets sein und in unsere Ueberlegungen und Berechnungen einbezogen werden müsse. Vielleicht ist sie sogar noch mehr als die Donautal-Staaten, wie auch die von Ihnen erwähnte Entwicklung zeigt, in der Lage, Dinge zu liefern, die wir nicht genügend (ich denke da vor allem an Wolle) oder gar nicht haben, wie z. B. Kupfer.¹

Europäische Ökonomen arbeiteten in Bezug auf die südliche Peripherie des Kontinents im Verlauf des 20. Jahrhunderts oft mit quasi-kolonialen Logiken, in der regionale Zuschreibungen und deren historische Herleitung nicht selten das Ergebnis von mehr oder minder offen artikulierten Hoffnungen auf neue Ressourcenräume für die wirtschaftliche Entwicklung Zentral- und Westeuropas waren.² Eine solche von wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Potentialitäten bestimmte Perspektive prägte – und prägt bis heute – die Wahrnehmung vieler Länder – darunter auch der Türkei, deren Platz in Europa, Südeuropa, den Mittelmeerraum etc. gerade auch in diesen Diskursen um die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas ständig neu ausgehandelt wurde.³

Dieser Beitrag analysiert Wissenseliten, deren Rolle für die Neudeutung einer wirtschaftlichen europäischen Raumordnung in der Nachkriegszeit von hervorgehobener Bedeutung war. Die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten im Europa der Nachkriegszeit gaben Ökonomen und Agrarwissenschaftlern eine besondere Deutungshoheit in Bezug

1 Brief Hermann Dietrich an Fritz Baade, 1. Juni 1935, BArch N 1234 (Nachlass Baade), Ordner 1.

2 Auf den engen Zusammenhang zwischen Projekten des Mental Mapping und kolonialen Ambitionen weist etwa Schenk hin: F. B. Schenk, Mental Maps: Die kognitive Kartierung des Kontinents als Forschungsgegenstand der europäischen Geschichte, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2013-06-05, URL: <http://www.ieg-ego.eu/schenkf-2013-de>, (20. Oktober 2015).

3 M. Baumeister und R. Sala, A Long Road South. Southern Europe as a Discursive Construction and Historical Region after 1945, in: dies. (Hrsg.), Southern Europe. Italy, Spain, Portugal, and Greece from the 1950s until the Present Day, Frankfurt am Main 2015, S. 19–50. Die Definition des „Geschichtsraums“ ist dabei angelehnt an die Definition, die Stefan Troebst insbesondere für die ost- und südosteuropäische Geschichte entwickelt hat und die Cluster von Strukturmerkmalen in langer Dauer untersucht, die sich nicht territorial voneinander abgrenzen, sondern epochenspezifisch sind. Dieser Ansatz soll gleichzeitig weitergetragen werden, indem er Struktur nicht an sich als Träger einer räumlichen Abgrenzung begreift, sondern erst durch die diskursive Interpretation bestimmter Trägergruppen als tragfähiges Kriterium von Raumkonstruktionen macht. S. Troebst, Erinnerungskultur – Kulturgeschichte – Geschichtsregion. Ostmitteleuropa in Europa, Stuttgart 2013.

auf die neuen räumlichen Bezugssysteme, insbesondere im Rahmen des Marshallplans ab 1947/48. Dabei wird vor allem auf die ausländischen Agrarexperten eingegangen, die teils in der Türkei selbst, teils in enger Verbindung mit den türkischen Institutionen versuchten, Agrarreformen in der Türkei zu begleiten und anzuregen. Diese Gruppe von Wissenschaftlern war aus sehr unterschiedlichen Gründen mit der Türkei in Kontakt gekommen, die Vielzahl von Beratungsaufträgen durch die kemalistische Türkei ab den 1920er Jahren spielte hier eine ebenso große Rolle wie die Migration deutscher Exilwissenschaftler. Am stärksten aber wirkten in dieser Hinsicht die Agrarexperten der Nachkriegszeit, die im Auftrag der amerikanischen Marshallbehörde teils sehr detaillierte Vorschläge zur Reform der türkischen Wirtschaft vorlegten. Daraus ergab sich eine Expertengruppe, die nicht im direkten Sinne eine epistemische *community* ausmachte, da sie nur vereinzelt eng miteinander in Kontakt standen. Umso mehr soll hervorgehoben werden, dass ihre Raumvorstellungen und die sich hieraus ergebenden strukturprägenden Handlungen sie miteinander in Beziehung setzten, auch wenn sie keine soziale Gruppe im engeren Sinne waren. Auch wenn sich diese Wissensebenen nicht direkt über ihre Raumvorstellungen austauschten, so beeinflussten sie sich doch gegenseitig in der Genese solcher Vorstellungen. Für den Zweck dieses Aufsatzes geht es dabei ausschließlich um nicht türkische Akteure, die für die hier analysierten europäischen Raumkonzepte die entscheidenden Trägerschichten waren.

Es zeigt sich dabei, dass makroökonomische Vorgaben und die Grundeinstellung vieler Experten in einem Wechselverhältnis standen und sich gegenseitig bedingten. Dieser Aufsatz argumentiert, dass weder gesellschaftliche Strukturen – gespiegelt etwa in Pro-Kopf-Produktivität oder Geburtenraten – noch kulturell überdeterminierte Diskurse alleine historische Raumordnungen produzierten. Vielmehr soll gezeigt werden, wie in der Frage der Zugehörigkeit bzw. Ausgrenzung der Türkei aus einem südeuropäischen Raum, der gleichzeitig als Teil eines westeuropäischen Wirtschaftssystem begriffen wurde, durch beide Argumentationsmuster wechselseitig relevant und auch teils bewusst funktionalisiert wurde.⁴

Ein solches Ineinandergreifen von Vergangenheits- und Zukunftsvisionen in räumlichen Vorstellungen Europas verdichtete sich in den Kontinuitäten und Brüchen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.⁵ Die gegenseitige Verflechtung von Struktur und Diskurs wird für die Begriffe von Ost- und Südosteuropa seit einigen Jahren kritisch diskutiert.⁶ Gerade von den Geschichtswissenschaften wurde die Frage eines europäischen Südens hingegen als Raum, in dem sich diskursive Wahrnehmungen und strukturelle Ähnlichkeiten

4 Zur Illustration sei verwiesen auf die kontroverse historiographische Debatte, die in den deutschen Geschichtswissenschaften nach der Jahrtausendwende über Ort und Zugehörigkeit der Türkei im Kontext der europäischen Geschichte geführt wurde. Dokumentiert in C. Leggewie (Hrsg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a. M. 2004.

5 Jüngst hat die Historikerin Ulrike Jureit etwa diese Frage der Ressource des Raumes im Sinne politischen Handelns und ideologischer Zukunftsvisionen insbesondere für Deutschland systematisiert. U. Jureit, *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2014.

6 Verwiesen sei nur M. Todorova, *Spacing Europe? What is a Historical Region?*, in: *East Central Europe* 32 (2005), S. 59–78.

überlagerten, nur langsam und schleppend aufgenommen.⁷ Die Um- und Neuinterpretation von traditionellen Perspektiven auf Europas südliche Peripherie zwischen quasi-kolonialer europäischer Machtpolitik der Vorkriegszeit und der „Neuordnung“ Europas in der Nachkriegszeit soll hier am Beispiel der Türkei vor, aber vor allem nach dem Krieg untersucht werden. Das Wissen von Experten hatte einen entscheidenden Anteil daran – so die zentrale Hypothese des Aufsatzes – die Türkei als Ressourcenraum zu definieren und damit auch in die wirtschaftspolitischen Entwürfe für einen integrierten westeuropäischen Raum einzubinden. Diese Entwürfe waren nicht deckungsgleich oder auch nur kausal verbunden mit einem späteren europäischen Integrationsprozess. Doch gerade dadurch eröffnen sie Wege für die Geschichtsschreibung, diese Prozesse neu zu historisieren, da sie die zahlreichen Alternativen zum Masternarrativ der europäischen Integration aufscheinen lassen.

Die Türkei stellte einen Raum dar, der im 20. Jahrhundert zugleich Begehrlichkeiten und Ängste weckte. In den späten 1920er und 1930er Jahren begann sich in vielen westeuropäischen Ländern ein verstärktes Interesse an der sich reformierenden Türkei unter Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk zu entwickeln.⁸ Diese neue Türkei zeigte ein großes Potential für wirtschaftliche Kooperation, aber auch einen wachsenden Bedarf an externer politischer Beratung.⁹ In diesem Rahmen gingen nicht nur viele deutsche Exilwissenschaftler, sondern auch amerikanische Wirtschaftsberater in das Land und entwickelten Konzepte für die weitere Integration in eine europäische Wirtschaftsordnung. Diese Kontinuität ist von entscheidender Bedeutung, um die Entwicklungsstrategien der Nachkriegszeit und des Marshallplans in den 1950er Jahren in seiner Bedeutung für die türkische Staatlichkeit richtig einordnen zu können.¹⁰

7 M. Baumeister, *Diesseits von Afrika? Konzepte des europäischen Südens*, in: B. F. Schenk und M. Winkler (Hrsg.), *Der Süden. Neue Perspektiven auf eine europäische Geschichtsregion*, Frankfurt am Main 2005, S. 23–48. Dabei ist darauf zu verweisen, dass der Begriff Südeuropa lange nicht auf einen kollektiven Erfahrungsraum im Sinne Todorovas verweist, wodurch die historische Dimension anders zu fassen ist, als im Falle der angrenzenden südosteuropäischen Regionen, die hier durch den gemeinsamen Weg aus der imperialen Machstruktur des Osmanischen Reichs hin zu den Erfahrungen mit der Unabhängigkeit und sozialistischen Regimen geprägt wurden.

8 Gerade für die Aufmerksamkeit autoritärer Regime für den türkischen Fall jüngst S. Ihrig, *Atatürk in the Nazi Imagination*, Cambridge (Mass.) 2014.

9 Zum Begriff des Experten und des Expertenwissens als neues strukturierendes Element im Beziehungsgeflecht zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit sei auf eine überbordende Forschungsliteratur verwiesen, für die hier zwei richtungweisende Arbeiten zitiert sein sollen: P. Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001; S. Fisch und W. Rudloff (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004.

10 Die übergreifende Literatur zum Marshallplan als gliederndem Element der europäischen Geschichte abseits einzelner nationaler Fälle ist relativ schwach etabliert. Für die letzte Zeit etwa M. Mazower, *Reconstruction: the Historiographical Issues*, in: M. Mazower, J. Reinisch, D. Feldman, *Post-War Reconstruction of Europe: International Perspectives, 1945–1949, Past and Present, Supplement 6*, (2011), S. 17–28; dazu M. Cox und C. Kennedy *Pipe, The Tragedy of American Diplomacy? Rethinking the Marshall Plan*, in: *Journal of Cold War Studies* 7 (2005) 1, S. 97–134; C. Maier, *Premises of the European Recovery Program*, in: R. Girault und M. Lévy-Leboyer (Hrsg.), *Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe. Colloque tenu à Bercy les 21, 22 et 23 mars 1991*, Paris 1993, S. 15–44.

In dieser Hinsicht beschäftigt sich der erste Teil dieses Aufsatzes zunächst mit den diskursiven Traditionen und Kontinuitäten der Perspektiven auf die Türkei als einem europäischen Ressourcenraum. Anschließend steht die spezifische Rolle im Mittelpunkt, die sich für die Türkei aus den politischen Planungen der Nachkriegszeit, aber auch aus dem technokratischen Wissen der Marshall-Experten in der wirtschaftlichen Ordnung der direkten Nachkriegszeit ergab. In einem dritten Schritt wird gezeigt, wie diese Vermengung von traditionellen und neuen Blicken vom Blick der agrarwissenschaftlichen Wissenschaften produziert wurde und auf diese zurückwirkte. Zuletzt wird dargestellt, welchen entscheidenden Anteil diese rhetorischen Praktiken an der strukturellen Verschiebung der europäischen und insbesondere deutschen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik in der Türkei hatten.

1. Die Türkei als europäischer Ressourcenraum vor und nach 1945

Bereits das Osmanische Reich hatte sich in Zeiten der wachsenden Staatsverschuldung im 19. und frühen 20. Jahrhundert von den europäischen Agrarmärkten abhängig gemacht.¹¹ Exporte in die Schuldnerländer waren die wichtigste Möglichkeit, die hochdefizitäre Zahlungsbilanz des Reiches zumindest teilweise zu korrigieren. Doch die Überschüsse, die die türkische Landwirtschaft produzierte, waren gering und angesichts eines nahezu vollständig fehlenden Fernwegenetzes gelangten die wenigen vorhandenen landwirtschaftlichen Güter kaum an die wichtigen Exportmärkte.

Die unter deutscher Regie gebaute Berlin-Bagdad Bahn wurde aus diesen Gründen von der Führung des Osmanischen Reiches akzeptiert, erlaubte sie doch die Ausbeutung von Bodenschätzen und den landwirtschaftlichen Export aus einigen entlegenen Gegenden Anatoliens.¹² Zugleich sah – wie Malte Fuhrmann herausgearbeitet hat – das Deutsche Reich schon früh im Osmanischen Reich mehr als bloß einen Handelspartner und formulierte immer wieder auch koloniale Ambitionen gegenüber der Türkei.¹³

11 F. Ahmad, *The Agrarian Policy of the Young Turks*, in: ders., *From Empire to Republic. Essays on the Late Ottoman Empire and Modern Turkey*, VI. 1, Istanbul 2008, S. 63–88, S. 83; S. Pamuk, *The Ottoman Empire and European Capitalism, 1820–1913*, Cambridge 1987, S. 82–107; auch für die Zwischenkriegszeit stellt Pamuk eine stetig wachsende Verflechtung von europäischer und türkischer Wirtschaft fest. Ders., *Intervention During the Great Depression. Another Look at Turkish Experience*, in: S. Pamuk und J. G. Williamson (Hrsg.), *The Mediterranean Response to Globalization Before 1950*, London/New York 2000, S. 321–339.

12 S. McMeekin, *The Berlin-Baghdad Express. The Ottoman Empire and Germany's Bid for World Power, 1898–1918*, Cambridge/Mass. 2010.

13 Obwohl auch solche Ideen der direkten Kolonisierung des Osmanischen Reiches in den Konzepten der deutschen Führung durchaus eine prägnante Rolle spielten. So weist Fuhrmann etwa auf die massive Propaganda hin, die in Deutschland in den 1870er und 80er Jahren gemacht wurde, die gleichzeitig aber wenig reale Effekte hatte; vgl. M. Fuhrmann, *Der Traum vom deutschen Orient. Zwei deutsche Kolonien im Osmanischen Reich 1851–1918*, Frankfurt a. M. 2006, S. 47ff.; Ders., *Anatolia as a Site of German Colonial Desire and National Awakening*, in: *New Perspectives on Turkey*, 41 (2009), S. 117–149; G. Schöllgen, „Dann müssen wir uns aber Mesopotamien sichern!“ Motive deutscher Türkenpolitik zur Zeit Wilhelms II. in zeitgenössischen Darstellungen, in: *Saeculum* 32 (1981), S. 130–145.

Zum ökonomischen Interesse an den Bodenschätzen des anatolischen Hochplateaus kam ab den 1920er Jahren auch eine stärkere Aufmerksamkeit europäischer Wirtschaftswissenschaftler für die türkische Landwirtschaft, die sich parallel zu den kemalistischen Reformen und den Versuchen der Modernisierung der ländlichen Türkei entwickelten.¹⁴ Seit Beginn der Reformära mit Gründung der Republik 1923 spielte europäisches, insbesondere aber deutsches Expertenwissen in diesen Reformen der Landwirtschaft eine besondere Rolle. Wie hinlänglich dargestellt, galt dies insbesondere für die Gründung einer neuen Landwirtschaftshochschule in Ankara (*Yüksek Ziraat Okulu*),¹⁵ die ab 1930 unter der Leitung des Leipziger Professors Friedrich Falke aufgebaut wurde. Es galt aber auch in einem gewissen Maße für die Reform des ländlichen Bildungswesens: Auf Einladung des türkischen Bildungsministeriums kam 1928 Gustav Oldenburg in die Türkei, der als Experte für das ländliche Bildungswesen zunächst einer privaten Einladung der türkischen Regierung folgte, später dann sogar vom preußischen Landwirtschaftsministerium für diese Aufgabe freigestellt wurde.¹⁶ Zusammen mit dem Report, den der amerikanische Philosoph und Pädagoge John Dewey zum Bildungswesen in der Türkei einige Jahre zuvor geschrieben hatte,¹⁷ war diese Expertise Oldenburgs ein Grundpfeiler für die Reform des Bildungs- und beruflichen Ausbildungswesens des Landes. Gerade auch auf dem Land überetzten sich diese Reformbemühungen ab den 1930er Jahren in das neue Konzept der „Dorfinstitute“.¹⁸

Wie Raoul Motika und Christoph Herzog schon für das ausgehende osmanische Reich dargestellt haben, bildete sich die kulturelle Selbstfindung der Türkei erst parallel zu den Prozessen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierung, strukturelle Verschiebungen und diskursive Veränderungen standen somit schon intern in enger Beziehung.¹⁹ Die Beobachtung des ländlichen Raumes, etwa in Form von Studienreisen, dienten niemals nur der reinen Sammlung von Daten und Wissen in Form vermeintlich objektiver Statistiken, sondern hierdurch vollzog sich gleichzeitig ein Akt quasi-kolonialistischer kultureller Selbstvergewisserung.²⁰

Insbesondere im Bereich von Ökonomie und Agrarwissenschaften hatte die interessierte aber auch verfremdende Wahrnehmung des türkischen Landes eine lange Tradi-

14 Einen guten Überblick hierzu geben A. Buğra, *Kapitalizm, Yoksulluk ve Türkiye'de Sosyal Politika*, Istanbul 2008, sowie das Schlusskapitel von Z. Toprak, *Darwin'den Dersim'e Cumhuriyet ve Antropoloji*, Istanbul (Doğan Kitap) 2012.

15 E. Dölen, *Özerk Üniversite Dönemi, 1946–1981 (Türkiye Üniversite Tarihi, Bd. 5)*, Istanbul 2010, S. 11ff; S. Mangold-Wille, *Begrenzte Freundschaft. Deutschland und die Türkei 1918–1933*, Göttingen 2013, S. 393ff.

16 G. Oldenburg, *Das landwirtschaftliche Unterrichtswesen in der Türkei und seine Zukunftsaufgaben*, Berlin 1928; G. Oldenburg, *Sechs Monate Aufbauarbeit in der Türkei. Bericht der deutschen landwirtschaftlichen Sachverständigen-Delegation über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1928 o.O. u. J.* [Berlin 1928].

17 Kritisch zu den Perspektiven tatsächlicher Wissensübertragung im Rahmen der ausländischen Expertentätigkeit: S. Bilgi und S. Özsoy, *John Dewey's Travelings into the Project of Turkish Modernity*, in: T. S. Popkewitz (Hrsg.), *Inventing the Modern Self and John Dewey*, London 2005, S. 153–177.

18 A. Karaömerlioğlu, *Orada bir köy var uzakta. Erken Cumhuriyet döneminde köycü söylem*, Istanbul 2006.

19 C. Herzog und R. Motika, *Orientalism „Alla Turca“: Late 19th/Early 20th Century Ottoman Voyages into the Muslim „Outback“*, in: *Die Welt des Islams, New Series* 40 (2000) 2, S. 139–195.

20 Zum Konzept eines isolationistischen osmanischen Modernisierungsprojekts: U. Makdasi, *Ottoman Orientalism*, in: *The American Historical Review* 107 (2002) 3, S. 768–796.

tion. Weder die Geschichte der deutschen Wissenschaftsexilanten in der Türkei noch die Geschichte der Nachkriegsexperten können ohne die Rekonstruktion der Vorstellungswelten und wirtschaftlichen Hoffnungen, mit denen diese Experten „ihr Feld“, die Türkei, betraten, angemessen dargestellt werden. Daneben ist aber auch nicht zu verkennen, dass gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis 1960 die Erfahrungen dieser Wissenschaftler als politiktunnae Experten in der Türkei ihrerseits prägend waren für die Bedeutung des Landes, für die wirtschaftliche Ordnung Europas sowie für die weiteren Karrieren der involvierten Experten. Viele Diskurse, aber auch Programmausrichtungen der Nachkriegszeit können als Ergebnis unterschiedlicher Denkstile in Bezug auf die Ansprüche an und Hoffnungen auf Anatolien verstanden werden. Selbstverständlich spielten die Dringlichkeiten der Nachkriegszeit eine wesentliche Rolle, ohne die die Formierung neuer Wirtschaftssysteme nicht erklärbar wäre. Doch in ihren Reflexionen zeigen sich gerade auch Traditionen, die stark durch die Vorkriegszeit geprägt wurden.

2. Die Türkei als Teil des westeuropäischen Strategie- und Ernährungsraums

In den amerikanischen Nachkriegsstrategien wurde die Türkei als wichtiges komplementäres Gebiet Europas betrachtet, das helfen sollte, die Region zu sichern, aber auch Versorgungsengpässe zu vermeiden. Der Marshallplan schrieb diese Konvergenz von militärisch-strategischen und wirtschaftlichen Überlegungen fest.²¹ Allerdings war diese amerikanische Vision von einem europäischen Wirtschaftsraum weder konstant noch unumstritten. Von einigen europäischen Ländern, insbesondere aus Großbritannien, gab es schon kurz nach Bekanntwerden des Plans erste Gegenstimmen, die gegen die kulturelle Zugehörigkeit zu Europa argumentierten.²² Trotz dieser Widersprüchlichkeiten waren die 1950er Jahre im Wesentlichen von ökonomischen Visionen geprägt, in denen der Türkei im Sinne europäischer Wirtschaftssysteme eine wichtige Rolle zukam. Besondere Bedeutung erlangte sie durch die Trumandoktrin als regionale Stütze in Europas Südosten im Kampf gegen den Kommunismus. Die Öffnung gegenüber den Agrarmärkten der südeuropäischen Peripherie, sollte – hierin waren sich Vertreter von westeuropäischen und amerikanischen Regierungen einig – nicht zu wirtschaftlichen Kontakten mit Ländern des Warschauer Paktes führen. Die Türkei schien eine gute Alternative zur agrarischen Produktion der Staaten des neuen Warschauer Pakts.²³

Der Eintritt der Türkei in den Koreakrieg 1950 hatte das Taktieren der türkischen Regierung zwischen den Blöcken beendet. Das Land hatte sich nunmehr klar zur Partner-

21 D. A. Rustow, *Turkey. America's Forgotten Ally*, New York 1987, S. 90f; E. Athanassopoulou, *Turkey – Anglo-American Security Interests, 1945–1952. The First Enlargement of NATO*, London 1999, S. 69ff.

22 Athanassopoulou, *Turkey*, S. 71. Athanassopoulou zitiert hier insbesondere ein Pamphlet der Labour Party von September 1948.

23 „This Turkish wheat raised with the aid of American capital and 22,000 American Tractors will meet a large part of Europe's need. It will be hard for Moscow propaganda to explain why bread on the table comes from Free Turkey instead of from the nationals which produced it before they fell into Communist captivity,“ Editorial, *East Liverpool Review*, 17. Dezember 1952.

schaft mit den USA bekannt. Diese strategische Grunddisposition verschob die Konstellationen, in denen die Türkei verortet wurde. Sie war in diesem Sinne nicht mehr die „Fortsetzung des Donautals“, wie Baade und Hermann es vor dem Krieg beschrieben hatten, sondern war fester Teil eines strategisch ausgerichteten interdependenten westeuropäischen Machtraumes, der durch amerikanischen Einfluss gestaltet wurde.²⁴ Strukturierendes Moment dieser Raumordnung blieb der Marshallplan. Noch 1948 übernahm die amerikanische *Economic Cooperation Administration* (ECA) – später umbenannt in *Mutual Security Agency* (MSA) –, die in jedem der 16 am Plan beteiligten Länder ein Büro unterhielt, die Verwaltung der Marshallgelder und Marshallprogramme. Nachdem der direkte Hilfstransfer der Marshallgelder mit dem Auslaufen des Planes 1953 wegfiel, schrieben sich solche Kontinuitäten institutionell allerdings durch den Plan zur Gründung der *Organisation for Economic Cooperation* (OEEC) als europäischer Entsprechung der amerikanischen ECA/MSA fort.²⁵ Parallel sah der Plan vor, dass die OEEC als europäisches Gremium nicht nur Instrument eines innereuropäischen Austausches sein, sondern gleichzeitig auch der Überwachung der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer dienen sollte.²⁶

Die OEEC war unter anderem mit dem Ziel gegründet worden, eine ausgleichende Regulierung der Zahlungsbilanzen zwischen den europäischen Ländern auch nach dem Auslaufen des Marshallplans sicherzustellen.²⁷ Diese Fokussierung auf die finanziellen Aspekte des Programms war neben den amerikanischen Direktzahlungen der deutlichste Effekt der neuen europäischen Wirtschaftsordnung. Die Tatsache, dass die teilnehmenden Länder durch die Organisation dazu angehalten waren, in internen Kapital- und Warenflüssen innerhalb Europas und einer externen Zahlungsbilanz außerhalb zu rechnen, schuf ein neues Bewusstsein für volkswirtschaftliche Interdependenzen. Speziell galt dies im Bereich der Lebensmittelproduktion. War die Lage in der Industrieproduktion nach dem Krieg in Europa zwar ebenfalls schwierig, so sah die OEEC doch die größte Gefahr in der Unfähigkeit, innerhalb der europäischen Länder ausreichende Mengen von Lebensmitteln herzustellen, wodurch es zu einem konstanten finanziellen Abfluss käme. Im Anhang zum Bericht der OEEC heißt es:

*It follows that unless there is a major change in the structure of the European economy, resulting from an increase in the production of food stuffs and raw materials in the participating countries and their overseas territories, the volume of imports is likely to remain higher than before the war.*²⁸

24 G. S. Harris, Turkey and the United States, in: K. Karpat (Hrsg.), Turkey's Foreign Policy in Transition, 1950–1974, Leiden 1975, S. 51–72.

25 D. Barbezat, The Marshall Plan and the Origins of the OEEC, in: R. T. Griffith (Hrsg.), Explorations in OEEC History, Paris 1997, S. 33–48.

26 Memorandum der Organisation for European Economic Co-Operation, 7.8.1948; NARA Truman Library, Special File „Marshall Plan“.

27 „It will certainly not be easy for the different European countries to achieve by 1952/53 an equilibrium in their external financial relations and yet maintain a reasonable standard of living“, Ebd.

28 Ebd., Annex, Punkt 10.

Neben der Reindustrialisierung des Kontinents war also die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ein explizites Ziel von Marshallplan und gemeinsamer Wirtschaftspolitik der OEEC, die dies auch in den nächsten Jahren als ihre Kernaktivität ansah und sich dagegen wehrte, diese abzusetzen.²⁹ Dies setzte allerdings eine klare Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Mitgliedsländern voraus. Schematisch war eine Teilung in ein industrialisiertes Nordeuropa und ein landwirtschaftlich geprägtes Südeuropa vorgesehen, wobei die Produktivitätssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion dadurch zum Schlüsselanliegen wurde. In der direkten Nachkriegszeit war diese Zielvorstellung weit von der Realität entfernt: im Zeitraum 1937 bis 1946 lag der Preis für Weizen aus der Türkei zwischen 22 und 30 Kuruş pro Kilogramm – der Preis des amerikanischen Weizens dagegen belief sich umgerechnet auf 12,5 Kuruş.³⁰ Hiermit wird deutlich, wie groß das Interesse an einer weiteren Produktivitätssteigerung in der Nachkriegszeit sein musste. Das Landwirtschaftsdirektorium der Organisation sah in der Verbesserung der Produktivitätskosten das größte Potential seiner Aktivitäten, insbesondere in den noch wenig mechanisierten „less developed countries, such as Turkey, Greece and parts of Italy.“³¹

Diese Vision der Türkei als Kornkammer Europas überschneidet sich mit der langfristigen Entwicklungsstrategie des Landes selbst. Der türkische Staat versuchte seit 1938, Verbraucher- und Herstellerpreise in der Landwirtschaft durch den Aufkauf großer Teile insbesondere der Weizenernte zu garantieren. Hierdurch hatte sich bis 1948 ein großer Lagerbestand gebildet, der von der hierfür zuständigen Organisation Toprak Mahsulleri Ofisi (TOPRAK) relativ kurzfristig über den Marshallplan an die nordeuropäischen Mitgliedsländer des Marshallplans und insbesondere an Deutschland verkauft werden konnte.³²

Diese Orientierung der türkischen Landwirtschaft auf Europa durch den Marshallplan hatte verschiedene, weitreichende Folgen. Die Lieferung von Traktoren und die großen Projekte zur Erschließung von neuem Land waren dabei zentral.³³ Im türkischen Landwirtschaftsministerium war schon 1943 eine Abteilung zur Neuerschließung von Landflächen gegründet worden, die ab 1950 auch von Experten des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums unterstützt und ausgebaut wurde.³⁴ Die 40 000 Traktoren,

29 Paper by the Chairman of the Council on the Work of OEEC in Agriculture, 14. April 1954; HAEU Archives OEEC, Food and Agriculture Directorate, OEEC-264, 04/1954-07/1959.

30 O. Köymen, Kapitalizm ve Köylülük. Ağalar, Üretenler, Patronlar, Istanbul 2012, S. 125.

31 Paper by the Chairman of the Council on the Work of OEEC in Agriculture, 14. April 1954; HAEU Archives OEEC, Food and Agriculture Directorate, OEEC-264, 04/1954-07/1959.

32 Central Intelligence Agency, Report on Turkey, 22. Dezember 1948; NARA Truman Library, Foreign Affairs, Box 166.

33 Die Traktoren wurden schnell zum Avatar der Modernisierung in der Türkei und sind omnipräsent in der Literatur zu den 1950er Jahren im Land. Aus der überbordenden Literatur zu dem Thema zwei zeitgenössische Beobachtungen C. Tanyol, Traktör ciren „50“ köyde nüfus hareklerinin ve içtimai değişmelerin kontrolü, in: Sosjoloji Dergisi, 13–14 (1958), S. 198–218; K. Karpat, Social Effects of Farm Mechanization in Turkish Villages, in: Social Research 27 (1960) 1/4, S. 83–104.

34 Vgl. Briefwechsel zwischen den beiden Landwirtschaftsministerien vom August 1950; NARA Maryland, RG 469, Box 4; R. Garlitz, Land-Grant Education in Turkey: Atatürk University and American Technical Assistance, 1954–

die im Rahmen des Marshallplans bis 1953 in das Land eingeführt wurden, lagen zwar unter den in den Plänen zunächst anvisierten Zahlen,³⁵ erlaubten allerdings auch schon so eine wesentliche Steigerung der türkischen Agrarproduktion, insbesondere für die Weizenernte.³⁶

Dieser relative Erfolg agrarischer Modernisierung verschob die Akzente zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung im Land zu Gunsten der Agrarproduktion. Während die anderen südeuropäischen Länder sich aus dieser entwicklungspolitischen Sackgasse verhältnismäßig früh wieder befreien konnten, war die Türkei, wie Giulio Sapelli zeigt, viel länger in ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung auf die Agrarproduktion angewiesen.³⁷ Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, der von der Landwirtschaft lebte, bewegte sich in den 1950er Jahren noch zwischen 75 und 80 Prozent, während er in anderen Ländern Südeuropas schon unter 50 Prozent gesunken war.³⁸ Gleichzeitig beobachteten die Sozialwissenschaftler, dass die landwirtschaftliche Produktion zwar insgesamt stieg, dies aber nicht für das Pro-Kopf Einkommen galt, da hier die Produktivitätszunahme durch den Bevölkerungszuwachs überkompensiert wurde. Stieg das gesamte volkswirtschaftliche Einkommen von 1938 bis 1956 um 36 Prozent, so lag das Bevölkerungswachstum im gleichen Zeitraum bei knapp 50 Prozent. Als Konsequenz dieser demographischen Dynamik verjüngte sich die Bevölkerung wesentlich und war im Schnitt mit unter 30 Jahren etwa zehn Jahre jünger als in den übrigen südeuropäischen Ländern. Die strukturellen Ungleichgewichte, die sich ab den 1950er Jahren ergaben, definierten allerdings nicht an sich neue politische Notwendigkeiten. Sie bedurften vielmehr der Übersetzung im politischen Diskurs. Gerade hier wurden Wissenschaftler mit einschlägigen Erfahrungen zur Türkei zu Schlüsselfiguren in der neuen Einordnung und Interpretation des Landes als einem „europäischem Entwicklungsland“.

3. Expertengenerationen im Aufbau einer Nachkriegsordnung

Im Fall der Türkei brachte der Marshallplan keine gänzlich neue Gruppe von Experten hervor. Ausländische Agrarwissenschaftler waren, wie eingangs gesehen, über lange Zeit in den Aufbau einer türkischen Landwirtschaftspolitik eingebunden oder wurden zumindest beratend hinzugezogen. Mit der Gründung der türkischen Republik 1923 setzte die türkische Regierung in einem bis hierhin nicht gekannten Maße auf internationale Experten als Vermittler moderner wissenschaftlicher Entwicklungsmodelle – be-

1968, in: C. Örnek und C. Üngör (Hrsg.), *Turkey in the Cold War. Ideology and Culture*, London 2013, S. 177–197, S. 179–80.

35 Der FAO Bericht von 1949 gab noch an, dass die Zahl von 1000 (1948/49) bis 1952/53 auf 100 000 bis 120 000 gesteigert werden sollte. FAO Archives, Record Group 0; Report from the Turkish National FAO Committee, S. 17.

36 Garlitz, *Land Grant Education*, S. 179.

37 G. Sapelli, *Southern Europe since 1945: Tradition and Modernity in Portugal, Spain, Italy, Greece and Turkey*, London 1995.

38 Ebd., S. 49ff.

sonders galt dies für den Bereich landwirtschaftlicher Reformen.³⁹ Hinzu kam ab 1933 ein größerer Anteil politisch Verfolgter aus dem Deutschen Reich, die als Exilanten in die Türkei gingen.⁴⁰

Die Rolle dieser Expertise im türkischen Staatsaufbau selbst ist in den letzten Jahren kritisch diskutiert worden.⁴¹ Um sie allerdings angemessen einordnen zu können und nicht nur in Bezug auf die Zeit der realen Präsenz in der Türkei zu begrenzen, ist es notwendig, sie in einer langen Perspektive mit der türkischen Nachkriegsgeschichte zu verbinden und damit ihre Wirkung in transnationaler Perspektive richtig zu interpretieren. Experten, die teilweise über einen erheblichen Zeitraum in der Türkei tätig waren, übersetzten in der Nachkriegszeit ihre Erfahrungen in politische Programme und Agenden. Mit am deutlichsten ist dies sicherlich beim bereits eingangs erwähnten Fritz Baade erkennbar. Seit seinem ersten Engagement in der Türkei im Jahre 1934 verstand er die nicht erschlossenen Weiten Anatoliens als einen europäischen Reserve- und Ressourcenraum an sich. Damit unterstrich er das genuin deutsche Interesse an seiner Tätigkeit in der Türkei:

Ich habe diesen Auftrag angenommen, da die Besetzung dieses interessanten Postens durch einen Deutschen mir ausgesprochen im deutschen Interesse zu liegen scheint und da man im Auswärtigen Amt über diese Frage der gleichen Auffassung ist. Insbesondere interessiert mich bei der neuen Tätigkeit der Zusammenhang zwischen dem türkischen Exportbedürfnis und dem deutschen Versorgungsproblem.⁴²

Baade, der als Sozialdemokrat Deutschland verlassen musste, argumentierte also im Interesse eines Landes, in welchem er zumindest auf unbestimmte Zeit nicht mehr leben konnte. Doch in seiner Konzeption des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik – das machte er etwa in der Korrespondenz mit seinem Mitexilanten Ernst Reuter immer wieder klar – sah er keine Verbindungen zwischen vorübergehenden ideologischen Ausrichtungen und makroökonomischen Konstellationen und Notwendigkeiten.⁴³ Baade, wie auch sein aus ähnlichen Gründen in der Türkei exilierter Kollege Hans Wilbrandt, hatten konsequenterweise keinerlei ideologische Vorbehalte, alle volkswirtschaftlichen Optionen und Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, in denen sie ein entsprechendes Entwicklungspotential sahen. Für Baade schloss das während seiner Exilzeit eine Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft ebenso ein wie mit dem offiziell entsandten Agrarexperten aus dem nationalsozialistischen Deutschland, Friedrich Christiansen-

39 Etwa Mangold Wille, *Begrenzte Freundschaft* (Anm. 15).

40 Zu den sozialen Beziehungen zwischen den Wissenschaftlern in der Türkei insbesondere: R. Möckelmann, „Wartesaal Ankara.“ Ernst Reuter: Exil und Rückkehr nach Berlin. Berlin 2013; P. Gaier, *Die deutschsprachige wissenschaftliche Emigration in die Türkei und ihr soziales Umfeld. Das „deutsch-deutsche“ Verhältnis in der Türkei 1933–1945*, München 2008.

41 J. Dewey, *Türkiye maarifi hakkında rapor*, Istanbul 1939. Die englische Originalversion findet sich in den gesammelten Werken. J. Dewey, *The Middle Works, 1899–1924*. VI. 15: 1923–1924, hrsg. v. Jo Ann Boydston, Carbondale 1983, S. 275–297.

42 Baade an Oberbürgermeister Goerdeler, 15. Dezember 1934; BAArch N 1234, Box 1.

43 Briefwechsel Baade – Reuter 1935–1943; BAArch Nachlass Baade, N 1234, Abteilung 1 Korrespondenz, Ordner 2.

Weniger. Die Kooperation zwischen Baade und Christiansen-Weniger setzte sich bis in die 1970er Jahre fort. Besonders allerdings prägte es Baades Verhalten in der direkten Nachkriegszeit, in der er sich aktiv um die Vermittlung seiner Expertise an die Institutionen des Marshallplans bemühte. 1950 schrieb er auf eigene Initiative an die Marshalladministration mit dem Vorschlag, ehemalige Gutsbesitzer aus den Ostgebieten in der Türkei als neue Agrarunternehmer einzusetzen, denn ihre Kompetenz liege genau in dieser betriebswirtschaftlichen Führung von agrarischen Großbetrieben, eine Expertise, die in diesem Umfang in Deutschland nicht mehr benötigt würde.⁴⁴ Auch sein Freund und Kollege Wilbrandt kontaktierte die Marshallplanautoritäten und bot seine Expertise an.⁴⁵

Ihre Gutachten und Aussagen zum Potential der Produktivitätssteigerung in der türkischen Landwirtschaft und zur Ausweitung von Agrarflächen in Anatolien wurden von den Verantwortlichen von ECA/MSA zur Kenntnis genommen und fanden ihren Platz in den weiteren Überlegungen zur Reform der türkischen Landwirtschaft. Über diese Marshallaktivitäten hinaus erlangte ihre Tätigkeit eine nicht unerhebliche internationale Anerkennung. Die erwähnten ehemaligen deutschen Exilwissenschaftler wurden etwa in den späteren 1950er Jahren mit der Erstellung eines Berichtes und Projektentwurfes für die landwirtschaftliche Produktivitätssteigerung in der Südtürkei im Auftrag der *Food and Agricultural Organisation* (FAO) der Vereinten Nationen beauftragt.⁴⁶ Seit 1956 planten Baade, Wilbrandt und Christiansen-Weniger mit Rückendeckung von Bundeskanzler Konrad Adenauer zudem den Aufbau des Mustergutes Tahirova,⁴⁷ das rund 20 Jahre lang das Paradeprojekt deutscher Entwicklungshilfe in der Türkei blieb.⁴⁸

Zwar waren es nicht die deutschen Exilwissenschaftler, die die Grundausrüstung der Marshallprogramme in der Türkei bestimmten, doch in seiner Ausgestaltung und insbesondere in der Frage der Bestimmung von einer agrarpolitischen Entwicklungsstrategie fanden ihre Vorstellungen und Konzepte ihren Widerhall. Die Art und Weise, wie eine

44 Interner Vermerk der ECA: „As reported to us, he has a scheme of sending a few hundred competent dispossessed East German estate owners or managers to Turkey to put the State Farms there on a basis of Modern, profitable, and model management. He thinks he can arrange this between Germany and Turkey through the establishment of a Turkish-German trusteeship corporation. It was reported that he wants no money or any other favors of ECA, but did, however, want to submit the idea to us; and, if we thought kindly of it, believes some moral support from U.S. quarters would be of importance to the realization of the idea.“ Die ECA blieb gegenüber diesen Plänen skeptisch, Brief a Russell H. Dorr, Chief of ECA mission to Turkey, 1. Dezember 1950, NARA Washington, Record Group 469, ECA, Box 4, Folder Agriculture 1951.

45 So etwa Brief von Hans Wilbrandt an die ECA, 31. Januar 1953; Record Group 469, ECA, Box 63. Desgleichen der Forstwissenschaftler Franz Henske, der allerdings im Nationalsozialismus nicht als politischer Emigrant, sondern als linientreuer Experte 1937 in die Türkei gegangen war; Record Group 469, ECA, Box 4, Folder Agriculture 1952.

46 UB Göttingen, Nachlass Hans Wilbrandt, Bestand 9B 19.

47 Der Bundeskanzler sagte zunächst eine dreijährige Finanzierung in Höhe von 1,9 Mio. DM zu, die sukzessive bis Ende der 1970er Jahre verlängert und ausgebaut wurde. Brief des Bundeslandwirtschaftsministeriums an das Auswärtige Amt, 5. Dezember 1956; PAAA B 58 407 – Band 13 Bilaterale Entwicklungshilfe 1956–1958 (Nr. 13).

48 Die umfangreichste Dokumentation des Projektes findet sich im Nachlass von Hans Wilbrandt; UB Göttingen, Nachlass Wilbrandt etwa 9B 04, Ordner „20 Jahre Deutsch-Türkische Erfahrungen im Sumpf- und Sandboden in Tahirova“.

sozioökonomische Entwicklung auf dem Land angemessen zu beschreiben sei und wie diese im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nutzbar zu machen sei, orientierte sich gerade in den frühen 1950er Jahren an einer Peuplierungs- und Erschließungspolitik, die sich sowohl auf die Ausweitung der agrarischen Nutzungsflächen als auch auf eine pronatalistische Bevölkerungspolitik stützte. So pries der Landwirtschaftsverantwortliche der ECA in Ankara, Charles Enlow, gegenüber seinen in anderen europäischen Ländern stationierten Kollegen die Vorzüge der Türkei an:

*The amazing thing is that Turkey has practically 20 million acres of land that has never been plowed, and it is not land that you have to clear of brush or have to level. You can simply go out and plow it. It is similar to our eastern plains regions, although the climate is more like that of our northwest. You have rain beginning in September and ending in June.*⁴⁹

Das Motiv des unberührten Landes verband die deutschen ehemaligen Exilagrарwissenschaftler mit der Arbeit der ECA und der OEEC-Gremien. Parallel dazu wurde die Figur des zu erziehenden Bauern immer wichtiger in der Legitimation des Expertenwissens. Ihn zu einem handelnden Wirtschaftssubjekt zu erziehen wurde gleichermaßen zu einem Anliegen, das eng mit der territorialen Kolonisierung des anatolischen Hinterlandes verbunden war. Elmar Starch, Anfang der 1950er Jahre als Sondergesandter der ECA in der Türkei unterwegs, um das Zukunftspotential des Landes zu beurteilen, besuchte einige Dörfer und sah die Notwendigkeit, Bevölkerung und Land gleichzeitig zu erschließen: „The backbone of the country is the village peasant [...], the development of the village and the villagers is being overlooked and an examination of a few villages tended to confirm the conclusion.“⁵⁰

4. Fortgesetzte Kolonialpolitik im Süden Europas? Deutsche entwicklungspolitische Ziele um 1960

Die spezifische Bindung der Bundesrepublik an die USA und an den breiteren Kontext des Marshallplans bestimmte das frühe Agendasetting für eine eigene Entwicklungspolitik. Ab den frühen 1950er Jahren gab es Überlegungen im Auswärtigen Amt, wie die Zukunft einer eigenen deutschen Entwicklungspolitik zu gestalten sei. Einerseits war deutlich, dass auch Deutschland der Initiative von Präsident Harry Truman und seinem *Point Four Program* folgen sollte. Dies galt umso mehr, als die USA gegenüber Westdeutschland zunehmend mit einer moralischen Verpflichtung zur aktiven Beteiligung an diesen Programmen argumentierten, nachdem die Bundesrepublik der Hauptnutznieß

49 Statement of Charles Enlow, Agricultural Attachee in Ankara, 7. Januar 1949, Confidential Conference of the Economic Cooperation Administration, Country Mission Food and Agriculture Officers, 6.–8. Januar 1949, Nara Maryland, Record Group 469, Entry 1399, Box 63.

50 Report Elmar Starch, Juli 1952; Rockefeller Archives Center, Ford Foundation, General Correspondence, Reel 1157 – FF-Turkey 1952.

der ersten Phase des Marshallplans gewesen war.⁵¹ Andererseits überlegten sich die zuständigen Diplomaten des Auswärtigen Amtes unter Vorsitz von Staatssekretär Hallstein allerdings, inwiefern die Planung eines deutschen Entwicklungshilfeprogramms auch den spezifischen deutschen Schwerpunkten und strategischen Ausrichtungen Rechnung tragen könne. Dies galt zum einen für einen gewissen Schwerpunkt auf landwirtschaftlichen Demonstrationsprojekten als Methode einer westdeutschen Entwicklungshilfe, die in den 1950er Jahren zunächst den Hauptschwerpunkt bildeten. Zum anderen allerdings gab dies auch eine gewisse geographische Richtung der Hilfe vor, die sich an der Truman-Doktrin orientierte. Im Kampf gegen den Kommunismus gelte es, im Sinne einer „arbeitsteiligen“ Politik dort zu helfen, wo Großbritannien und Frankreich als ehemalige Kolonialmächte nicht willkommen und die kulturellen Vorbehalte gegenüber den USA zu groß seien. Die Hallsteinkommission sah hier zwei Gebiete im besonderen Fokus deutscher Entwicklungshilfe: den Nahen Osten und Südeuropa. Im Auswärtigen Amt befand man:

Die südeuropäischen Länder, die mehr oder weniger nur partiell unterentwickelt sind, könnte man als ein Schwerpunktgebiet besonderer Art ansehen. Diese förderungsbedürftigen Gebiete sind im Europarat, in der OEEC und in der ECE bereits Gegenstand von Untersuchungen und Entschlüssen gewesen, bei denen die Bundesrepublik ihre grundsätzlich positive Haltung zur Frage der Unterstützungsbedürftigkeit bereits eindeutig bekundet hat.⁵²

Hieraus entwickelten sich Überlegungen zu einem spezifischen „Mittelmeerplan“, durch den die Grundsätze des Marshallplans fortgesetzt und verstärkt werden könnten: ein landwirtschaftlich strukturierter südeuropäischer Reserveraum, der die industrielle Entwicklung des Nordens unterstützen könne.

An solchen Plänen waren insbesondere die ehemaligen Exilwissenschaftler aus der Türkei beteiligt. Fritz Baade, der nach dem Krieg und einem kurzen Aufenthalt in den USA die Leitung des Kieler Weltwirtschaftsinstituts übernommen hatte, bekam auch als treibende Kraft hinter der Gründung eines eigenen „Instituts für Entwicklungsländer“ einen besonderen Einfluss auf die Anfänge der bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Gegenüber den ministerialen Vertretern erläuterte Baade, dass die Stärkung der Agrarproduktion in Entwicklungsländern gerade für eine ausgeglichene Handelsbilanz von großer Bedeutung sei und deswegen ein Kernanliegen nachhaltiger Entwicklungspolitik der Bundesrepublik sein müsse. Obwohl auch in Deutschland die Agrarproduktivität ansteigen würde, so sei es wichtig, die Potentiale der südlichen Länder gerade in diesem Sektor zu nutzen:

51 H.I. Schmidt, Pushed to the Front. German Foreign Assistance Policy, 1958–1971, in: Contemporary European History 12 (2003), 473–507.

52 Aus dem Protokoll den Besprechungsunterlagen der Sitzung der Abteilung 4 des Auswärtigen Amtes, 26. April 1956; PAAA, B 52-400, Nr. 17.

Um so wichtiger ist es, die weltwirtschaftliche Verflechtung mit der Landwirtschaft solcher Gebiete in der Welt zu steigern, die aus klimatischen Gründen uns Güter anbieten können, die mit den Produkten der deutschen Landwirtschaft nicht oder nur wenig in Konkurrenz stehen, wie Baumwolle, Tabak, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Ölfrüchte und Südfrüchte.⁵³

All diese Überlegungen bekamen eine neue Brisanz, als 1958 die USA vermehrt ihre Verantwortung in Südosteuropa und der Mittelmeerregion abgeben, bzw. auf eine andere Basis stellen wollten. In der Türkei ging dies mit einem wachsenden Vertrauensverlust zwischen der US-Administration und der Regierung von Adnan Menderes einher, die sich u. a. in wachsenden Feindseligkeiten gegenüber den Amerikanern in der Türkei auswirkte.⁵⁴

Doch die aktive Rolle der Bundesregierung in der türkischen Entwicklungshilfe war auch auf das Betreiben der türkischen Regierung, bzw. des Staatspräsidenten Celâl Bayar zurückzuführen. Bayar trat aktiv mit verschiedenen europäischen Regierungen in Verhandlungen zu einer Umverteilung der Schuldenlast⁵⁵ und setzte einige Hoffnungen auf die Bundesrepublik als neuem Geberland. Die USA blieben zwar auch in den Folgejahren unbestritten der wichtigste Geldgeber für die Entwicklungsfragen der Türkei, doch übernahm die Bundesrepublik hier einen erheblichen Anteil der türkischen Schulden, der weit vor der Beteiligung anderer europäischer Länder lag. Auf der Umschuldungskonferenz in Paris wurde die Schuldenverteilung des Nothilfeprogramms für die Türkei am 31. Juli 1958 wie folgt festgelegt: zu den 100 Millionen Dollar von den USA (zusätzlich investierten diese eine ähnlich hohe Summe in die Militärhilfe) kamen 25 Millionen vom IWF, 50 Millionen von der Bundesrepublik sowie zehn von Großbritannien, vier von Italien, je 1,5 von Frankreich, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz sowie 0,5 Millionen von Österreich. Komplettiert wurde dies durch eine Exportgarantie von 3,75 Millionen Dollar in die skandinavischen Länder.⁵⁶

Gleichzeitig sahen die ökonomischen Pläne der amerikanischen Entwicklungshilfe etwa für die türkische Landwirtschaft vor, nicht nur die Produktion, sondern auch die Produktstandards in Hinblick auf den europäischen Verbrauchermarkt anzupassen.⁵⁷ Über lange Zeit lag in dieser Frage der Standardisierung das Kernanliegen, mit dem man für eine weitere Marktintegration argumentierte. Doch auch hier war die inhaltliche Stra-

53 „Deutschlands Interesse an der ausländischen Landwirtschaft“, Denkschrift von Prof. Dr. Fritz Baade an Außenminister v. Brentano, eingereicht am 8. März 1956; PAAA, B 52-400, Nr. 12. Baade trat in einen Dialog mit verschiedenen deutschen Ministerien, die recht schnell zur Bewilligung von entsprechend hohen Mitteln führte.

54 Berichte der Central Intelligence Agency für 1959 und 1960; NARA Eisenhower Library, White House Office – Office of the Special Assistant for National Security Affairs Records – 1952–1961, Box 20.

55 PAAA B 26 Titel 206 Nr. 57. In den deutschen Grundsatzüberlegungen wurde dabei explizit darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik nach Investitionsmöglichkeiten für ihre zu groß gewordenen Devisenvorräte sorgen musste und deswegen ein wesentliches Interesse am Ausbau der türkischen Entwicklungshilfe hatte; PAAA B 2 Nr. 81.

56 Ebd.

57 Brief von USAID Ankara and USAID Regional Office in Paris, 13. Juli 1962; NARA Maryland, Record Group 285, Entry 962, Box 5.

tegie nicht eine Erfindung der landwirtschaftlichen Hilfe der Nachkriegszeit, sondern folgte vielmehr einer Agenda, die schon seit den 1930er Jahren eingeschlagen worden war. Bereits ca. 25 Jahre zuvor hatten Fritz Baade und Hans Wilbrandt im Auftrag der Regierung in Ankara großangelegte Studien zur Produktstandardisierung in der Landwirtschaft erstellt, die nun die Grundlage für die weitere Arbeit in diesem Bereich bildeten.⁵⁸

Ab den 1960er Jahren entwickelte die Türkei allerdings mit den Ansätzen zur Planwirtschaft wieder neue Standards in der nationalen Entwicklung, in der Landwirtschaft fortan nur noch eine untergeordnete Rolle spielte. Bergbau und Schwerindustrie wurden zu den neuen Prioritäten des Landes. Doch dies bedeutete nicht, dass die ländlichen Gebiete der Türkei aus der europäischen Vorstellungswelt verschwanden. Zur gleichen Zeit begannen die türkische und die deutsche Regierung, die stetig wachsenden Migrationsströme vom Land neu zu kanalisieren und mit dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen eine Migrationsbewegung in die Bundesrepublik auszulösen.⁵⁹ Auch das Bild der Türkei und speziell des anatolischen Hinterlandes als „Arbeitskräftereservoir“ kann als Weiterentwicklung der Denkfigur des türkischen Hinterlandes als Reserveraum der europäischen Entwicklung verstanden werden. Seit den 1940er Jahren hatte sich unter deutschen Türkeiexperten die Erkenntnis breitgemacht, dass „das im Verhältnis zu den Erträgen überbevölkerte Land der anatolischen Hochfläche [...] auch bei Verwendung primitivster Geräte mit Arbeitskräften genügend besetzt [ist], Kräfte, die bei einer Mechanisierung überflüssig werden würden.“⁶⁰ Die Angst vor dieser ländlichen Überbevölkerung stieg im Laufe der 1950er Jahre im Zeichen der globalen neomalthusianischen Krisenszenarien an und führte zu erschreckenden Zukunftsszenarien demographischer Forscher für die weitere Entwicklung der Türkei.⁶¹

Dieser demographische Krisendiskurs war eng verbunden mit der Wahrnehmung einer globalen demographischen Krise.⁶² Doch entwickelte sich im demographischen Diskurs über die Türkei ein spezifischer Stil in den europäischen Debatten, der die Fragen von Arbeitsproduktivität und richtiger Allokation der produktiven Bevölkerung aufnahm, die deutschsprachige Wissenschaftler in Bezug auf Südosteuropa schon seit der Kriegs-

58 H. Wilbrandt, Lösung der türkischen Außenhandelskrise durch steigende Agrarexporte?, Hamburg 1954; zur langen Perspektive auf die Geschichte der türkischen Integration in den Europäischen Wirtschaftsraum jüngst: M. Döşemeci, *Debating Turkish Modernity. Civilization, Nationalism, and the EEC*, Cambridge 2013.

59 L. Soysal, *The Migration Story of Turks in Germany: From the Beginning to the End*, in: R. Kasaba, (Hrsg.), *The Cambridge History of Turkey*. Bd. 4: *Turkey in the Modern World*, Cambridge 2008, S. 199–225; Russell King sieht in dieser Zentrum-Peripherie Dynamik der Migration einen wesentlichen Punkt, an dem sich dichotome Raumordnungen des Kalten Krieges ineinander verwoben: R. King, *Migration and Southern Europe? A Center-Periphery Dynamic*, in: Baumeister und Sala (Hrsg.), *Southern Europe* (Anm. 3), S. 139–169.

60 Denkschrift des deutschen Generalkonsuls Kurt von Kamphoevener vom 20. März 1951; PAAA B11, Nr. 151.

61 I. B. Taeuber, *Population and Modernization in Turkey*, in: *Population Index*, 24 (1958) 2, S. 101–122.

62 H. Hartmann, *A Twofold Discovery of Population: Assessing the Turkish Population by its „Knowledge, Attitudes, and Practices“ 1962–1980*, in: H. Hartmann und C. Unger (Hrsg.), *A World of Populations. Transnational Perspectives on Demography in the Twentieth Century*, New York 2014, S. 178–200; zudem B. Benezra, *The Institutional History of Family Planning in Turkey*, in: K. C. Kamp (Hrsg.), *Contemporary Turkey at a Glance. Interdisciplinary Perspectives on Local and Translocal Dynamics*, Wiesbaden 2014, S. 41–56.

zeit stark gemacht hatten.⁶³ Die Frage der Verbesserung landwirtschaftlicher Produktivität wandelte sich zu einer Frage ungenutzter demographischer Ressourcen, die ihrerseits eine Möglichkeit darzustellen schien, um nachhaltig das Arbeitsangebot im gesamteuropäischen Industrialisierungsprozess sicherzustellen. Die demographische Bedrohung der Türkei war für viele europäische Wirtschaftswissenschaftler eine große Chance für die eigene wirtschaftliche Entwicklung, deren Vorteile es zu nutzen galt.⁶⁴

5. Fazit

Was die Türkei für Europa war, welche Hoffnungen und Zukunftsvorstellungen sich mit dem Land verbanden, schwankte im 20. Jahrhundert erheblich. Doch diese Schwankungen waren weder rein strukturell begründet, noch beschränkten sie sich auf die Wahrnehmung kultureller Differenz. Vielmehr stand beides miteinander im Wechselverhältnis. Die Raumvorstellungen von Ökonomen und Agrarwissenschaftlern im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts zeigen besonders deutlich, wie sehr sich diese verschiedenen Dimensionen verschränkten und gegenseitig bedingten. Der Blick auf die ländlichen Gebiete der Türkei und ihre Bevölkerung zeigt, wie sehr die Sphären des Expertenwissens eingebunden waren in längere Diskurslinien, aber auch in globale Diskurse wie etwa die Wahrnehmungen einer globalen „Bevölkerungsexplosion“.

Dabei wird deutlich, dass diese Entwicklungsgeschichte der südlichen Regionen des europäischen Kontinents ein wesentliches Differenzierungspotential in Hinblick auf die europäische Geschichte enthält. Für die Frage, inwieweit Südeuropa als räumliche Kategorie wahrgenommen wurde, ist der hier besprochene Zeitraum der direkten Nachkriegszeit von entscheidender Bedeutung. Nicht nur strukturelle Ähnlichkeiten, wie etwa das Entwicklungspotential der Landwirtschaft wurden in der wirtschaftlichen Dynamik der Nachkriegszeit wahrgenommen. Hinzu kam, dass der Eingriff in nationale Entwicklungspfade und die Funktionalisierung in Bezug auf eine breitere europäische wirtschaftliche Entwicklung auch einen gemeinsamen südeuropäischen Erfahrungsraum hervorbrachte, der nicht zuletzt die Rolle externer Experten als wichtige Determinanten

63 I. Innerhofer, Die wissenschaftliche Konstruktion der „agrarischen Überbevölkerung“ in Südosteuropa vor und während des Zweiten Weltkriegs, in: P. Overath (Hrsg.), Die vergangene Zukunft Europas. Bevölkerungsforschung und -prognosen im 20. und 21. Jahrhundert, Köln 2011, S. 243–268. Mandelbaum verarbeitete die Frage theoretisch und machte sie zum Teil eines wirtschaftlichen Modernisierungstheorieangebots, das auch in der Nachkriegszeit weiter rezipiert wurde. K. Mandelbaum, *The Industrialisation of Backward Areas*, Oxford 1945. Hierzu insbesondere D. Speich Chassé, Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissenschaftsgeschichte der Ökonomie, Göttingen 2013, S. 167f.

64 „Pourtant le temps presse. Il faut se hâter de faire naître une migration régulière et abondante de Turcs vers la France [...]. Car si la Turquie représente aujourd’hui une importante source de main-d’œuvre, où seule l’Allemagne a réellement puisé, il ne sera pas toujours ainsi.“ R. Delerm, La Turquie, élément nécessaire d’une réflexion démographique française, in: *Connaissances des Turcs et de la Turquie* (=Hommes et Migrations), Paris 1967, S. 131–139. Auch H. Weicken, Beschäftigung türkischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik, sowie F. Christiansen Weniger, Vordringliche Probleme der türkischen Landwirtschaft, beide in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 12 (1962), Nr. 2–3, S. 226–228 und S. 229–235.

der eigenen Politikrichtung zur Folge hat. Die OEEC und später die OECD als Leitinstitution nationaler Entwicklung war ein Element dieser gemeinsamen Erfahrungen. Ein Schuldenkonsortium, wie dies für die Türkei aufgebaut wurde, wurde ebenfalls für Griechenland gebildet. Programme zur Produktivitätssteigerung führten auch zu neuen Linien des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen verschiedenen „Entwicklungsgebieten“ der südeuropäischen Peripherie.⁶⁵ Es bliebe weiter zu untersuchen, wieweit solche gemeinsamen Erfahrungen die Entwicklungspfade südeuropäischer Länder in längerer Perspektive prägten.

Ebenso sehr wie die Entstehung einer neuen räumlichen Kategorie verweist dieser Befund allerdings auch auf die Brüchigkeit solcher Raumvorstellungen, die entscheidend von einzelnen Wissensebenen, wie hier den Agrarwissenschaftlern, geprägt waren. Das Geflecht von Argumentationssträngen, das in der Nachkriegszeit zur Integration der Türkei in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum unter dem Dach der Marshallplaninstitutionen führte, eröffnete auch die Möglichkeit, diese Grenzen unter sich verändernden Kontexten nach 1960 zunehmend in Frage zu stellen und neu zu definieren.

65 Hierzu auch der Beitrag von Matthias Schmelzer in diesem Heft.